

II-1498 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 753 /J

1984-05-24

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Hafner, Lafer
und Kollegen
an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz
betreffend die Wiederübertragung des Schülertransports von
Fürstenfeld in das steirisch-burgenländische Grenz-
gebiet an den bisherigen privaten Mietwagenunternehmer

Ein Mietwagenunternehmen, das von einer Unternehmerin in Fürstenfeld erfolgreich geführt wird, hat im Jahr 1978 die Konzession für den Schülergelegenheitsverkehr erhalten. Dieses Mietwagenunternehmen hat die Schüler vom Bundesgymnasium und Bundes-Realgymnasium Fürstenfeld nach Mühlgraben-Minihof Liebau-Windisch Minihof über die Therme Loipersdorf im steirisch-burgenländischen Grenzgebiet transportiert. Mit dieser Lösung waren die Schüler und die Eltern außerordentlich zufrieden.

Für das Schuljahr 1983/84 wurde der Unternehmerin von der Finanzlandesdirektion Graz mitgeteilt, daß die Postautobuslinie, die über Jennersdorf nach Fürstenfeld führt, in Zukunft den Schülertransport übernehmen werde. Als Begründung wurde eine entsprechend günstigere Fahrplanänderung durch die Post angegeben.

Tatsächlich wurde eine solche Fahrplanänderung nie durchgeführt und darüber hinaus erfaßt die Postautobuslinie nicht die abgelegenen Wohnorte der Schüler wie Windisch Minihof, Tauka, Mühlgraben oder Mühlgrabenberg.

Da die Finanzverwaltung diese Argumente nicht widerlegen konnte, wurde ein "Kompromiß" konstruiert. Nach diesem Konzept

soll der Fürstenfelder private Schülerbus die Schüler aus den abgelegenen Wohnorten zur Postautobuslinie bringen. Dies führt zu dem Ergebnis, daß der Schulbus leer von Fürstenfeld bis in die abgelegenen Ortschaften fährt, dort die Schüler abholt, sie nach Jennersdorf bringen soll, von wo aus die Schüler mit dem Postautobus über einen Umweg in das Gymnasium von Fürstenfeld gebracht werden. Während auf einem um 9 km kürzeren Weg der Schulbus leer auf seiner "alten Route" nach Fürstenfeld zurückkehrt. Diese "Alternative" ist sowohl für die Schüler als auch für den privaten Verkehrsunternehmer unerträglich und umständlich. Durch eine bürokratische Lösung zugunsten eines Staatsunternehmens wird ohne Rücksicht auf die Schüler ein privates Verkehrsunternehmen in größte Schwierigkeiten gebracht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, den Schülertransport vom Gymnasium in Fürstenfeld in das burgenländisch-steirische Grenzgebiet wieder zur Gänze dem bisher erfolgreich eingesetzten privaten Mietwagenunternehmen aus Fürstenfeld zu übertragen?